



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement EJPD  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Zug, 22. August 2023 rv

**Vernehmlassung zum Inkrafttreten der Änderung des Sexualstrafrechts  
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. Juli 2023 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 31. August 2023 vernehmen zu lassen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Ihnen nach Rücksprache mit dem Obergericht des Kantons Zugs gerne mit, dass wir mit dem vorgeschlagenen Inkrafttreten des geänderten Sexualstrafrechts per 1. Januar 2024 einverstanden sind. Im Übrigen erlauben wir uns, auf die hohe Kadenz der Inkraftsetzung von Gesetzesänderungen für Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften, Polizei) hinzuweisen. Diese bedingen einen nicht zu unterschätzenden Anpassungsbedarf von Arbeitsabläufen, die Aktualisierung des internen Regelwerks und von Vorlagen, die Absprache bei Schnittstellen etc. Eine etwas längere Vorlaufzeit und eine vermehrte Bündelung des Inkrafttretens von Gesetzesänderungen wären daher begrüssenswert.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut  
Frau Landammann

Tobias Moser  
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD (annemarie.gasser@bj.admin.ch; christine.hauri@bj.admin.ch; als PDF- und Word-Version)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Amt für Justizvollzug (strafanstalt@zg.ch)
- Amt für Migration (AFMKader@zg.local)
- Obergericht des Kantons Zug (Marc.Siegwart@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)